

position

DGB



**Baden-Württemberg wählt.
Landtagswahl am 27. März 2011**

www.bw.dgb.de

MEHR DEMOKRATIE! MEHR DEMOKRATIE! MEHR DEMOKRATIE! MEHR DEMOKRATIE!
SOZIALE GERECHTIGKEIT! SOZIALE GERECHTIGKEIT! SOZIALE GERECHTIGKEIT!
GUTE BILDUNG! GUTE BILDUNG! GUTE BILDUNG! GUTE BILDUNG!
GUTE ARBEIT! GUTE ARBEIT! GUTE ARBEIT! GUTE ARBEIT!
GUTES LEBEN! GUTES LEBEN! GUTES LEBEN! GUTES LEBEN!



■ Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

In Baden-Württemberg leben und arbeiten Menschen verschiedener Herkunft, Hautfarbe und Glaubensüberzeugung. Das Miteinander so vieler Menschen erleben wir als eine Bereicherung.

- Die Gewerkschaften und der DGB Baden-Württemberg werden nicht zulassen, dass Menschen auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihres Geschlechts, körperlicher oder geistiger Behinderungen, oder anderer Besonderheiten, diskriminiert, ausgegrenzt oder angegriffen werden.
- Wir fordern alle Wählerinnen und Wähler auf: Geben Sie Ihre Stimme nur demokratischen Parteien und solchen Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht mit Vorurteilen auf Stimmenfang gehen.
- Wir fordern ein Verbot der NPD.

■ Integration fördern...

zusammen arbeiten, zusammen leben!

Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland. Migrantinnen und Migranten sind überproportional benachteiligt beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten ist ihre gleichberechtigte Beteiligung in Wirtschaft und Gesellschaft.

- Hierzu gehört ein Aufenthaltsrecht, das einen sicheren und dauerhaften Aufenthalt ermöglicht.
- Alle langjährig in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer sollen das aktive und passive Wahlrecht auf der kommunalen Ebene erhalten.
- Wir brauchen in unseren Schulen Fördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund als integrativen Bestandteil des Unterrichts.
- Migrantinnen und Migranten müssen beim Übergang von der Schule in die duale Ausbildung gezielt gefördert, Jugendliche mit besonderen Problemen individuell betreut werden.
- Im Ausland erworbene gleichwertige Qualifikationen müssen anerkannt werden.



MEHR DEMOKRATIE! MEHR DEMOKRATIE! MEHR DEMOKRATIE!
SOZIALE GERECHTIGKEIT! SOZIALE GERECHTIGKEIT!
GUTE BILDUNG! GUTE BILDUNG! GUTE BILDUNG!
GUTE ARBEIT! GUTE ARBEIT! GUTE ARBEIT!
GUTES LEBEN! GUTES LEBEN! GUTES LEBEN!

■ Bürgerbegehren und –entscheide erweitern und erleichtern

Baden-Württemberg ist durch eine Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 entstanden. Heute trägt das Land in Sachen direkter Demokratie mit dem Saarland die rote Laterne. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes mehr in politische Entscheidungen einbeziehen. Die Landesregierung blockt bisher alle Initiativen ab. Sie muss vor der Landtagswahl eindeutig erklären, ob und wie sie die viel zu hohen Hürden für Volksabstimmungen in der Landesverfassung (Art. 59 und 60) senken will. Dann können die Wählerinnen und Wähler sich entscheiden, welchen Politikstil sie bevorzugen.

- Überfällig ist die Erleichterung von Bürgerentscheiden und Volksabstimmungen, wie sie das vom DGB unterstützte „Bündnis für mehr Demokratie in Baden-Württemberg“ seit langem fordert.
- Für die Einleitung eines landesweiten Volksbegehrens soll die Unterstützung von fünf Prozent der Wahlberechtigten (knapp 400.000) genügen. Die Unterschriften müssen frei und in einem Zeitraum von sechs Monaten gesammelt werden dürfen. Bei der Volksabstimmung selbst sollte es kein Zustimmungsquorum geben.
- Nötig ist eine Mediation bei Großprojekten schon im Planungsstadium.

■ Mehr Demokratie durch Mitbestimmung

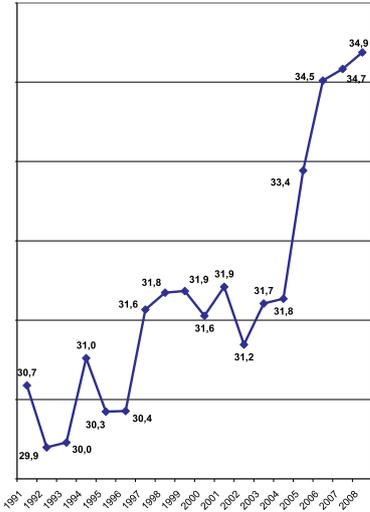
In der Krise hat sich gezeigt, dass die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Aufsichtsräten und Betriebsräten maßgeblich zur Beschäftigungssicherung beigetragen hat.

- Wir fordern den Ausbau der Mitbestimmung auf Unternehmensebene und eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte im Betriebsverfassungsgesetz.

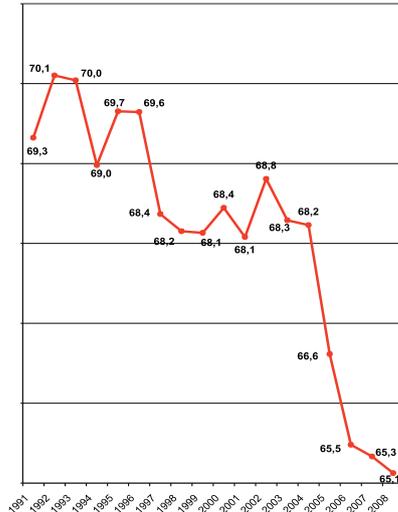
Den Reichtum gerecht verteilen

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen wird immer ungerechter. Während die Lohnneinkommen kaum steigen, haben sich die Gewinne kräftig erhöht. Auch bei den Vermögen klappt die Schere immer weiter auseinander. Die Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat zur ungerechter werdenden Verteilung beigetragen. Entlastet wurden vor allem hohe Einkommen und Unternehmen.

Entwicklung der Gewinnquote in Baden-Württemberg
1991-2008



Entwicklung der Lohnquote in Baden-Württemberg
1991 bis 2008



Quelle: Arbeitskreis volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder. Eigene Berechnungen und Darstellung

- Wenn Leistung sich lohnen soll, dann müssen die Löhne und Gehälter Schritt halten mit der Produktivität und der Preissteigerung. Das ist nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit, sondern auch ein Gebot der Gerechtigkeit.

Steuergerechtigkeit herstellen

Neben der wachsenden Ungleichverteilung führte die Steuerpolitik zu gewaltigen Einnahmeausfällen in den öffentlichen Haushalten. Statt über Leistungskürzungen oder gar -streichungen sowie Steuererhöhungen nachzudenken, fordern wir eine stärkere Besteuerung hoher Einkünfte, um Zukunftsaufgaben wie Bildung, Soziales und Innovationen zu finanzieren, insbesondere

- eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- die höhere Besteuerung großer Erbschaften
- die nachhaltige Erhöhung der Staatseinnahmen über einen effektiveren Steuervollzug – dazu bedarf es mehr Personal
- eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen und Spekulationen künftig zu erschweren.

Ein solidarisches Gesundheitssystem

Der DGB wendet sich entschieden gegen eine Politik der sozialen Kälte. Er fordert die künftige Landesregierung auf, sich am Leitbild eines demokratischen, solidarischen und zukunftsfähigen Sozialstaats zu orientieren.

- Der DGB lehnt die Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb ab.
- Unser Ziel ist es, dass den Versicherten die Kopfpauschale erspart bleibt.
- Wir wollen die unsolidarischen Zusatzbeiträge abschaffen, die paritätische Finanzierung wiederherstellen und die Gesetzliche Krankenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickeln.

Gutes Auskommen im Alter – keine Rente und Pension mit 67

Die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters wirkt für viele wie eine Rentenkürzung. Schon heute liegen die Altersrenten in Baden-Württemberg aufgrund der Rentenkürzungen im Schnitt nur noch bei 720 Euro. Nur 23,4 Prozent aller 60 bis 64-Jährigen in Baden-Württemberg sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Und mehr als jeder Vierte aller Arbeitslosen im Bundesland ist älter als 50 Jahre. Der Gefahr wachsender Altersarmut wegen prekärer Beschäftigung, instabiler Erwerbsverläufe und Rentenkürzung muss begegnet werden.

- Der DGB lehnt die Erhöhung des gesetzlichen Renten- und Pensionsalters auf das 67. Lebensjahr weiterhin ab.
- Wir benötigen flexible, sozialstaatlich abgesicherte, Regelungen für den Übergang in den Ruhestand – vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch ihre berufliche Tätigkeit starken körperlichen oder psychischen Belastungen ausgesetzt und deswegen im Alter gesundheitlich beeinträchtigt sind.
- Statt Rente und Pension mit 67 brauchen wir eine Erwerbstätigenversicherung, in die Alle einzahlen. Das schafft neue Spielräume für mehr soziale Sicherheit im Alter.



Teilhabe an der Wissensgesellschaft sichern - Fachkräftebedarf decken

In Baden-Württemberg fehlen bis 2030 mehr als 500.000 Fachkräfte. Ohne einen massiven Ausbau der Weiterbildung werden wir diese Herausforderung nicht bestehen. Der DGB fordert, dass die Ergebnisse der Enquetekommission „Lebenslanges Lernen“ schnell umgesetzt werden.

- Aufbau einer flächendeckenden trägerunabhängigen Bildungsberatung
- Einführung eines Weiterbildungsgesetzes mit Freistellungsansprüchen
- Bei der Vergabe öffentlicher Mittel müssen fachliche und pädagogische Kriterien berücksichtigt werden.

Frühkindliche Bildung ausbauen

Eltern wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Frauen wollen Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Aber das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren ist noch immer unzureichend.

- Der DGB fordert ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes, wohn- bzw. arbeitsortnahes Netz von Angeboten der frühkindlichen Bildung.
- Die Aus- und Weiterbildung sowie die Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern müssen kontinuierlich den wachsenden Anforderungen und der Bedeutung der Tätigkeit angepasst werden.
- Der Orientierungsplan ist verbindlich umzusetzen.
- Die Fachkraft-Kind-Relation ist zu verbessern.

Länger gemeinsam lernen

Besonders in Baden-Württemberg ist der Zusammenhang zwischen sozialem Status und Bildungschancen groß.

Deshalb fordert der DGB eine gute Schule für alle, die möglichst alle Schülerinnen und Schüler zu einem erfolgreichen Schulabschluss führt. Längeres gemeinsames Lernen, individuelle Förderung in kleinen Klassen sowie projektbezogenes und selbstorganisiertes Lernen müssen in den Vordergrund gestellt werden. Schule muss zu einem zentralen Lebensraum für die dort Lernenden und Arbeitenden werden.

- Die frühe Trennung der Kinder nach der vierten Klasse muss abgelöst werden durch längeres gemeinsames Lernen aller Kinder. Dadurch verringern wir die soziale Auslese und sichern Chancengleichheit für alle.
- Gebundene Ganztagschulen müssen als Regelangebot für alle Schularten eingeführt werden.
- Sicherung wohnortnaher Schulstandorte durch eine Schule für alle.

Grundrecht auf eine qualifizierte Ausbildung für alle Jugendlichen

Mehr als 10.000 Jugendlichen in Baden-Württemberg konnte 2010 der Wunsch nach einer qualifizierten Ausbildung im Dualen System nicht erfüllt werden. Seit Jahren münden weniger als die Hälfte der Jugendlichen in eine Ausbildung ein. Nur ein Bruchteil der Betriebe beteiligt sich noch an der Ausbildung.

- Das Land muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen und das Ausbildungsplatzangebot in der Verwaltung erhöhen.
- Das „Recht auf Ausbildung“ für alle Jugendlichen muss an die Stelle von „Maßnahmekarrieren“ treten.
- Für die Jahre 2011 und 2012 muss das Ausbildungs- und Studienplatzangebot an die erhöhte Nachfrage angepasst werden, die auf Grund der Aussetzung

der Wehrpflicht und des doppelten Abiturientenjahrgangs (G8) entsteht.

- Der Erwerb der Fachhochschulreife parallel zur Ausbildung muss Regelangebot werden (Ausbildung Plus).

Bessere Ausstattung der Schulen

Die Schulen in Baden-Württemberg leiden unter Unterrichtsausfall, fehlenden Lehrerinnen und Lehrern und zu wenig jungen Lehrkräften.

- Die Unterrichtsversorgung muss durch die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern gesichert und es müssen Personalreserven für Krankheit, Fortbildung, usw. aufgebaut werden.
- Das Land muss sich an der Finanzierung der Schulsozialarbeit angemessen beteiligen.
- Das Angebot an Beruflichen Gymnasien und Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife muss flächendeckend ausgebaut und weiterentwickelt werden.
- Der Rechtsanspruch auf einen Schulplatz an Beruflichen Gymnasien und Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife ist sicherzustellen.

Hochschulen sozial öffnen und demokratisch gestalten

Die Hochschulen müssen durch die Gesellschaft demokratisch kontrollierbar und steuerbar sein. Eine direkte Beteiligung und Einflussnahme von Unter-

nehmen an Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen lehnt der DGB ab.

- Die Mitbestimmungsgremien an den Hochschulen sind demokratisch zu gestalten.
- Die Verfasste Studierendenschaft ist wieder einzuführen.
- Studiengänge müssen unter Beteiligung der Gewerkschaften entwickelt und das Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung ausgestaltet werden.
- Das Bafög muss bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Die Hochschulen sind für beruflich Qualifizierte zu öffnen, berufsbegleitende Studiengänge sind auszubauen und die Anrechnung beruflicher Kompetenzen ist an allen Hochschulen verbindlich zu regeln.
- Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen.

Streichung aller Bildungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule

Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden muss. Bildung erfordert öffentliche Investitionen in Gebäude, Ausstattung, Lehr- und Lernmaterial sowie qualifiziertes Personal. Individuelle Kostenbeteiligungen in Form von Beiträgen und Gebühren lehnt der DGB ab.



■ **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern**

Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, doch ihr Anteil an den gesamten geleisteten Arbeitsstunden steigt nicht. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind weiblich. Kindererziehung und Pflege von Angehörigen lassen sich in Baden-Württemberg nur sehr schwer mit einem Vollzeitjob vereinbaren. Um Frauen ein Existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen und sie in ihrem Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, braucht Baden-Württemberg endlich ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder. Hier gibt es im Land erheblichen Nachholbedarf.

- Wir fordern von der Landesregierung eine verlässliche, am Bedarf orientierte, qualifizierte Kleinkindbetreuung, Ganztageskindergärten und -schulen.
- Für Zeiten, in denen die Pflege von Angehörigen organisiert und geleistet werden muss, müssen Regelungen zur Freistellung getroffen werden.

■ **Entgeltgleichheit schaffen**

Eine hohe Teilzeitquote, familiär bedingte Ausfallzeiten und die geschlechtsspezifische Berufswahl führen zu Nachteilen bei der Bezahlung von weiblicher Erwerbsarbeit. In Baden-Württemberg beträgt der Lohnabstand 28,5 Prozent und liegt damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 23 Prozent.

- Der DGB fordert Maßnahmen, die der Entgelt-diskriminierung entgegenwirken.
- Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und kommunale Gleichstellungsbeauftragte, um Diskriminierung zu vermeiden und Frauenförderung zu gewährleisten.

■ **Frauen in Führungspositionen**

Frauen sind in Führungspositionen kaum vorhanden. Gerade einmal 22 Prozent aller Führungskräfte in Baden-Württemberg sind weiblich.

- Die Zugangs- und Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen Dienst müssen verbessert werden. Das Land muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden und Frauen den gleichberechtigten Zugang zu allen Stellen ermöglichen.
- Der DGB fordert eine Quote für Aufsichtsräte und in den Gremien der Landesregierung.

■ **Den demografischen Wandel gestalten**

Für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz muss mehr getan werden, damit die Beschäftigten im Arbeitsleben gesund bleiben und auch gesund in Rente/Pension gehen können. In Baden-Württemberg muss fast jeder achte Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden und hohe Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente hinnehmen. Prävention muss künftig den gleichen Stellenwert bekommen wie Heilverfahren, Pflege und Rehabilitation.

Wir fordern:

- Prävention vor Rehabilitation als Ergänzung zum Grundsatz „Rehabilitation vor Rente“.
 - In Betrieben und Verwaltungen sind die gesundheitliche Prävention und der Arbeitsschutz auszubauen.
- Die Landesregierung muss dabei eine aktive Rolle spielen und mit gutem Beispiel vorangehen.

■ **Öffentlich ist wesentlich – für starke öffentliche Dienstleistungen**

Gute und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sichern Lebensqualität und ermöglichen Chancengleichheit, Bildung, Mobilität, kulturelle und persönliche Entwicklung.

- Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist ein Irrweg. Wir setzen uns für eine Rekommunalisierung der privatisierten Daseinsvorsorge ein.
- Gute öffentliche Dienstleistungen verlangen motivierte Beschäftigte mit einem gerechten Einkommen und guten Arbeitsbedingungen.
- Der Öffentliche Dienst wird nur mit seinen

- Beschäftigten besser - nicht gegen sie.
- Wir wollen qualifizierte und einklagbare Mitbestimmungsrechte im Landespersonalvertretungsgesetz.
- Wir fordern für die Vergabe öffentlicher Aufträge ein Vergabegesetz mit einer Tariftreue-regelung.

■ **Innere Sicherheit**

Öffentliche Sicherheit und Ordnung sind eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Freiheit – genauso wie garantierte Bürgerrechte und die Versammlungsfreiheit. Auf das richtige Verhältnis kommt es an.

- Der DGB erwartet von der Landesregierung eine zukunftsweisende Personalpolitik, anständige Bezahlung und eine moderne Ausrüstung der Polizei.
- Allen Versuchen, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit einzuschränken, erteilen wir eine Absage.

■ **Gemeindefinanzen stärken**

Viele Gemeinden in Baden-Württemberg ächzen unter sinkenden Einnahmen, steigenden Ausgaben und Rekordschulden. In den Gemeinden wird über unsere Lebensqualität entschieden. Wir fordern ein Bündnis für die Kommunen, das sie in die Lage versetzt, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge, der Bildung, der Sozialpolitik und der Kultur angemessen wahrzunehmen.

Der DGB fordert von der Landesregierung:

- Keine Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen!
- Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzierungssteuer ausgebaut werden.
- Die Zuweisungen des Bundes und des Landes an die Städte und Gemeinden müssen erhöht werden.
- Die Kommunen müssen bei der Finanzierung notwendiger Sozialausgaben entlastet werden.
- Für Kommunen in Haushaltsnotlagen müssen Mittel bereitgestellt werden.

■ **Energiewende einleiten, nachhaltige Energieversorgung entwickeln**

Jetzt müssen die Weichen gestellt werden für einen effizienteren Umgang mit Rohstoffen und Energie. Wir wollen ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum, das die Lebensqualität steigert und Beschäftigung sichert. Die Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken ist aufgrund bestehender Sicherheitsrisiken und der ungeklärten Entsorgungsproblematik nicht zu verantworten.

Der DGB fordert eine Politik der Energiewende im Land:

- Keine Laufzeitverlängerung – Atomausstieg jetzt!
- Verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien.
- Die Steigerung des Wirkungsgrades beim Energieverbrauch.
- Energieeinsparung durch energetische Gebäudesanierung.

■ **Wohnungsbau in Baden-Württemberg stärken**

Die Wohnungsversorgung in Baden-Württemberg verschlechtert sich seit Mitte der 90er Jahre von Jahr zu Jahr. (1994: 101.716 neue Wohnungen, 2009: 22.487). Besonders in den Ballungsräumen und in den Universitätsstädten herrscht Wohnungsmangel.

Der DGB fordert:

- Eine deutliche Aufstockung der Wohnraumfördermittel in Höhe von 100 Mio. Euro jährlich für die nächsten fünf Jahre.
- Die Verdoppelung des Abschreibungssatzes im Mietwohnungsbau für die ersten fünf Jahre von zwei auf vier Prozent, damit Anreize für Investitionen in Wohnungen gegeben werden.
- Die Anpassung des Wohnungsbestands an die älter werdende Gesellschaft.
- Die deutliche Anhebung der steuerlich absetzbaren Beträge für Arbeitskosten von Handwerkerleistungen im selbst genutzten Wohnungsbestand.



Am 27. März 2011 findet in Baden-Württemberg die Landtagswahl statt. Diese wichtige Wahl entscheidet, wie sich das Land für die Zukunft aufstellt. Sie entscheidet über die Arbeits- und Lebensbedingungen für uns und unsere Familien. Sie entscheidet auch über die Art, wie dieses Land künftig regiert wird und welchen Stellenwert selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger dabei haben.

Unsere Standpunkte sollen dazu anregen, sich mit den Aussagen der Parteien auseinander zu setzen und sie an der Messlatte gewerkschaftlicher Forderungen zu überprüfen. Wir wollen ein sozial gerechtes, ökologisches und demokratisches Baden-Württemberg. Von einer zukünftigen Landesregierung fordern wir die Verwirklichung gleichwertiger Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen in allen Regionen des Landes. Wir wollen eine arbeitnehmerorientierte Politik.

**Am Wahlsonntag auch an Werktage denken!
Wählen gehen!**

DGB

Herausgeber:

DGB-Bezirk Baden-Württemberg
Willi-Bleicher-Straße 20
70174 Stuttgart
Tel. 0711-2028-213 | info-bw@dgb.de

Verantwortlich: Nikolaus Landgraf, DGB-Landesvorsitzender
Redaktion: Dimitrios Galagas